



KOMMENTARE

## Zwei Schauplätze

Von Manfred Fritz

Zwei Veranstaltungen in Berlin, die nur scheinbar nichts miteinander zu tun haben: Das erste Rekrutengelöbnis am Sonntag vor dem Reichstag mit einer Rede Helmut Schmidts. Und der Obama-Besuch am Donnerstag, voraussichtlich an der Siegessäule.

Spannt man den inhaltlichen Bogen von einem zum anderen, dann sind für das Rekrutengelöbnis zwei Sätze Schmidts an die jungen Soldaten die Leitschnur: „Wir haben dem Grundgesetz und dem Völkerrecht gehorcht, als wir uns dem Krieg im Irak verweigert haben.“ Und: „Dieser Staat wird Euch nicht missbrauchen.“ Mit Obama verknüpfen sich so hohe Erwartungen, weil er in den Augen vieler Deutscher das helle Gegenbild der düsteren Bush-Ära verkörpert. Diese hatte mit dem Irak-Krieg das Völkerrecht gebeugt und die US-Armee, die zwar keine Parlamentsarmee ist, für die Militarisierung ihrer Außenpolitik benutzt.

Dass Obama Amerika in die Wertepartnerschaft der Nato zurückführt, die mit dem Irak-Feldzug verlassen wurde, ist eine Hoffnung, die sich an seinen Kontrahenten McCain nicht knüpft. Mit den Besuchen in Afghanistan und im Irak, die eine militärische Schwerpunktverlagerung andeuten, bereitet der demokratische Kandidat die Zeit nach Bush bereits intensiv vor. Dieser Wechsel braucht Unterstützung – und nicht betretenes Wegsehen eines so wichtigen Partners wie der Bundesrepublik. Denn dabei geht es auch um unsere Interessen.

## Geiseln „light“

Von Klaus Welzel

Das Leben dreier Deutscher im Gegenzug zur Erlaubnis, eine Partei-Radiostation zu betreiben? Dieser Handel klingt von vorneherein hanebüchen – weshalb auch in Deutschland die Furcht um die drei Geiseln an türkischen Berg Ararat nur gering ausgeprägt war. Die Mehrheit hat von vorneherein mit einer „Geiselnahme light“ gerechnet: Geld gegen Freilassung. So kam es wohl auch.

Für die Angehörigen mag diese Entwicklung beruhigend sein – für das Land ist sie es nicht. Denn jedes Mal, wenn Deutschland Lösegeld zahlt, macht der Staat klar: Entführung lohnt sich. Deshalb sind ja auch Deutschland und vor allem die Türkei bemüht, das Bild der mächtigen Armee zu malen, die jederzeit hätte zugreifen können, wenn sie nur gewollt hätte. Und dass die Geiselnahme angeblich wie die Hasen davongelaufen sind, das macht dieses Scheinbild erst perfekt. Es soll ja in erster Linie ablenken von den profanen Umständen.

Dennoch ist es der Terrororganisation PKK gelungen, ihren Kampf wieder einmal zu uns zu tragen. Diesmal nicht in Form gewalttätiger Demonstrationen oder Selbstverbrennungen, sondern durch Psychoterror gegen deutsche Urlauber. Sicherlich ist das seitens der Kurden ein Akt der Verzweiflung. Denn auch neun Jahre nach der Verurteilung Öcalans und 15 Jahre nach dem Verbot der PKK in Deutschland bleibt die Kurdenfrage ungelöst. Und Deutschland? Schweigt.



Szenen einer Ehe

Karikatur: Heiko Sakurai

# Über Geld spricht man nicht

Dennoch gilt es als wahrscheinlich, dass „Bakschisch“ für die deutschen Geiseln gezahlt wurde

Von Anne-Beatrice Clasmann und Friedrich Kuhn

Istanbul. In den ersten Stunden nach der Freilassung der drei deutschen Bergsteiger in der Türkei dominieren Freude und Erleichterung. Die Bundesregierung freut sich, dass das Geiseldrama am Berg Ararat schneller als erwartet ein Ende gefunden hat. Auch in der Türkei, wo in diesem Sommer Tausende von Deutschen ihre Ferien verbringen, ist man erleichtert, dass die Krise ohne weitere Horror-Schlagzeilen beigelegt werden konnte. „Lang lebe die deutsch-türkische Freundschaft“, jubelt der deutsche Botschafter Eckart Cuntz, als er am Flughafen Ankara die freigelassenen Bergsteiger verabschiedet.

Auch die türkische Regierung ist zufrieden, weil es der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK nicht gelungen ist, durch die Geiselnahme gegenüber Berlin politische Forderungen durchzusetzen oder auch nur direkte Verhandlungen mit der Bundesregierung aufzunehmen. Außerdem dürfte die Geiselnahme langfristig ein Trumpf im Ärmel der türkischen Regierung sein, die von den EU-Staaten immer wieder Solidarität in ihrem Kampf gegen die PKK eingefordert hatte, zuletzt während ihrer Offensive gegen PKK-Lager im Nordirak letzten Februar.

Doch noch bevor die drei Männer aus Bayern in Ankara das Flugzeug nach München bestiegen haben, entbrennt in der Türkei ein Streit darüber, was die Geiselnahme letztlich dazu bewegen haben mag, die Deutschen freizulassen. „Die vorbildliche Strategie der Armee hat sie zum Aufgeben gezwungen“, mutmaßen

an diesem Montag mehrere unabhängige und nationalistische türkische Medien. Die Soldaten hätten das Gebiet, in dem die Geiseln festgehalten wurden, so dicht abgeriegelt, dass die Geiselnahme keinen anderen Ausweg mehr gesehen hätten, schreibt die Zeitung „Vatan“. Die PKK und die im Parlament vertretene pro-kurdische Partei DTP versuchen dagegen, die Freilassung als großherzigen Akt der Vernunft darzustellen.

lieber gewesen, sie hätten ihre Geiseln Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes übergeben können, anstatt sie einfach auf einer Bergkuppe ihrem Schicksal zu überlassen. Der Vorsitzende der im türkischen Parlament vertretenen pro-kurdischen DTP, Ahmet Türk, der nach eigenem Bekunden „sehr zufrieden“ über das Ende des Geiseldramas ist, sagte der türkischen Zeitung „Sabah“, seine Partei habe über Mittelsmänner am Sonntag von der bevorstehenden Freilassung der Deutschen erfahren und den Sicherheitsbehörden daraufhin umgehend mitgeteilt, wo sich die Bergsteiger aufhielten.

Sicherheitskreise in Berlin verweisen darauf, dass die Freilassung aber erst nach der Zahlung eines „Bakschischs“, eines „Bestechungsgeldes“, an die Geiselnahme erfolgt sei. Die Bundesregierung lehnte wie in allen Entführungsfällen jede Auskunft ab. Außenamtssprecher Jens Plötner hob lediglich die gute Zusammenarbeit mit den türkischen Behörden hervor. Diese habe „gut geklappt“, sagte er. Die Kooperation sei von großem Vertrauen geprägt gewesen. Berlin hatte vor allem befürchtet, die türkischen Streitkräfte, die gerade in den letzten Monaten wieder hart gegen die PKK-Leute vorgegangen sind, könnten auch im Fall der Bergsteiger eine Befreiungsaktion mit brutaler Gewalt wagen. Sofort nach der Freilassung der Bergsteiger hieß es, dass keine der „offiziellen Forderungen“ der PKK erfüllt worden seien. Diese hatte eine grundlegende Änderung der deutschen Kurdenpolitik und eine Aufhebung des Verbots des PKK-nahen Senders RTV durch Bundesinnenminister Schäuble verlangt. Geld wurde dagegen offiziell nicht gefordert.



Lars Holger Reime (r.), einer der drei in der Türkei entführten Bergsteiger nach der Ankunft in München, links Bayerns Innenminister Joachim Herrmann. Foto: AP

Eine kurdische Website zitiert die PKK-Einheit, die die Deutschen verschleppt hatte, mit den Worten: „Die Entscheidung, sie freizulassen, ging alleine auf unsere Initiative zurück.“ Die Entführer seien nicht unter Druck gesetzt worden, sondern hätten lediglich den Appell befreundeter Nichtregierungsorganisationen Gehör geschenkt, heißt es. Aus Äußerungen von Sympathisanten der PKK lässt sich jedoch schließen, dass die Entführer unter Zeitdruck gehandelt haben müssen. Denn ihnen wäre es sicher

# Obama öffnet nicht die Tür zum transatlantischen Paradies

Experten warnen vor überzogenen Erwartungen – Differenzen bei Klima, Handel und militärischem Engagement befürchtet

Von Christian Altmeyer

Heidelberg. Barack Obama wird für seine Rede in Berlin wohl genau die Kulisse bekommen, die er sich gewünscht hat. Dabei geht es nicht um das Brandenburger Tor oder die Siegessäule (Foto: dpa). Sondern um Bilder von jubelnden Menschenmassen. „Obama hält diese Freiluft-Rede, um den Wählern in den USA zu zeigen, dass die Menschen im Ausland ihn mögen“, ist der Amerika-Experte John C. Hulsman von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik überzeugt.

Das dürfte dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten in Deutschland leicht fallen. In Umfragen stößt er bei mehr als 80 Prozent der Deutschen auf Zustimmung. Und zu seiner Rede in Berlin werden bis zu eine Million Zuhörer erwartet. Viele erhoffen sich von einem Wahlsieg des charismatischen Senators einen grundlegenden Wandel in den deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Die meisten Experten warnen indes davor, Obama zu überschätzen. Der ehemalige deutsche Botschafter in den USA, Wolfgang Ischinger, meint: „Egal, wer die

Wahl gewinnt, wir werden nicht plötzlich in ein transatlantisches Paradies eintreten.“ Man dürfe nicht erwarten, dass Obama zum Beispiel sofort das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz unterschreiben werde. Der Gründungsdirektor des Heidelberg Center for American Studies, Detlef Junker, sieht die überzogenen Hoffnungen ebenfalls kritisch. „Ich befürchte, dass es zu einer Krise der enttäuschten Erwartungen kommen könnte“, meint der Historiker.

Es zeichnet sich bereits ab, dass Obama als Präsident ein größeres militärisches Engagement der Europäer in Afghanistan fordern wird. Die deutsche Antwort darauf könnte entscheidend sein für die weitere Entwicklung der transatlantischen Beziehungen. „Wer ernst genommen werden will, muss auch mehr leisten“, ist Junker überzeugt. Der Multilateralismus könne in der Praxis nur funktionieren, wenn nicht einer die Drecksarbeit allein machen müsse. Im Gegenzug könnte Obama den Deutschen in anderen Bereichen entgegenkommen, etwa beim Klimaschutz. „Die Beziehung zwischen befreundeten Staaten basiert auf Tausch-

handel“, berichtet Junker. Wer etwas wolle, müsse auch etwas dafür geben.

Mehrere SPD-Außenpolitiker erklärten allerdings am Montag, dass Deutschland nicht bereit sei, mehr Truppen zu stellen. Der Abgeordnete des Rhein-Neckar-Kreises, Gert Weisskirchen, sagte, Deutschland brauche sich als drittgrößter Truppensteller der Afghanistan-Schutztruppe Isaf nicht zu verstecken. Sein Fraktionskollege Niels Annen warnte, Obama sollte nur das fordern, „was wir auch erfüllen können.“

Zu weiteren Konflikten könnte es bei Fragen des Handels kommen. „Obama ist im Vergleich zu John McCain eher protektionistisch eingestellt“, meint Hulsman. Der Republikaner sei durch sein klares Bekenntnis zum Freihandel für die deutsche Wirtschaft berechenbarer. Auch der

FDP-Politiker Werner Hoyer fürchtet, dass Obama in der Handelspolitik „kein einfacher Partner“ sein werde.

Dennoch sind sich die meisten Beobachter einig, dass ein Sieg des Demokraten aus europäischer Sicht günstiger wäre. „McCain würde im Zweifelsfall eher im Alleingang handeln“, ist Junker überzeugt. Zudem wäre die militärische Komponente in seiner Außenpolitik stärker ausgeprägt. Dies sei besonders im Hinblick auf den Iran brandgefährlich. „Es ist völlig unsicher, wie McCain bei einer Verschärfung des Konfliktes um das iranische Nuklearprogramm reagieren würde“, meint der Historiker.

Auch John Hulsman ist über die kriegerische Haltung des Republikaners besorgt. „Wenn die USA den Iran im Alleingang bombardieren, dürfte dies das Ende der transatlantischen Beziehungen sein, wie wir sie kennen“, sagt der Amerikaner. In einem Punkt bliebe der Status quo indes erhalten: „Die Deutschen benutzen die Konflikte mit der Bush-Regierung auch gerne als Ausrede, um weniger internationale Verantwortung übernehmen zu müssen“, meint Hulsman.

# Wie Hund und Katze

Merkel und Beck wollen nach 2009 getrennte Wege gehen

Von Andreas Herholz, RNZ Berlin

Berlin. „Nach dieser Legislaturperiode muss Schluss sein.“ Wolfgang Schäuble (CDU) klare Absage an die Gedankenspiele von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) ließ nicht lange auf sich warten. Die Tage der Großen Koalition in Berlin scheinen gezählt zu sein. Bevor die Kanzlerin ihren Wanderurlaub antritt, machte auch sie noch einmal klar, dass sie nach der Bundestagswahl im Herbst 2009 nicht mehr mit den Sozialdemokraten weiterregieren wolle, sondern mit dem Wunschartner FDP.

Auch SPD-Chef Kurt Beck will nichts von einer Fortsetzung des Regierungsbündnisses wissen, von dem beide Partner vom ersten Tag an immer wieder betonten, dass es sich nur um eine „Zwangsehe“ handle, die spätestens am Wahlabend wieder geschieden werde. Schluss mit Harmonie, das Klima gleiche einem „Hund-und-Katz-Verhältnis“, beschreibt SPD-Chef Kurt Beck die Stimmung.

Ein gutes Jahr vor der Bundestagswahl scheint es, als seien die Gemeinsamkeiten zwischen Union und SPD weitgehend aufgebraucht und beide Seiten sehnten nur noch das Ende der Großen Koalition herbei. In den noch verbleibenden Monaten bis zum offiziellen Beginn des Bundestagswahlkampfes werde nicht mehr viel bewegt, ist man sich auf beiden Seiten einig. Eine Große Koalition produziere immer auch Müdigkeit, erinnert Ex-CDU-Chef Schäuble daran, dass die erste Große Koalition von 1966 bis 1969 nur zweieinhalb Jahre gehalten habe.

„Opposition ist Mist“

Dennoch, oder vielleicht auch gerade deshalb: Regierungsmitglieder von Union und SPD werden in diesen Tagen nicht müde, die Erfolge der Großen Koalition herauszustellen. „Die Große Koalition hat Bahnbrechendes erreicht, zum Beispiel bei der Rente mit 67 und bei der Unfallversicherung“, lobt CDU-Sozialexperte und Chef des Arbeitnehmerflügels in der Unionsfraktion Gerald Weiß. Die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten sei auf weiten Feldern sehr gut. „Dennoch sollte eine Große Koalition aus demokratiepolitischen Gründen immer nur ein Bündnis auf Zeit sein“, sagt Weiß. Doch gerade der CDU-Arbeitnehmerflügel sieht einer möglichen Koalition mit den Liberalen eher skeptisch entgegen.

Die Sehnsucht nach einem Ende der Zweckgemeinschaft von Union und SPD scheint nicht bei allen Koalitionspolitikern groß zu sein. SPD-Vize Steinbrück ist nicht der einzige, der sich eine Fortsetzung der Regierungsehe vorstellen könnte. Hinter vorgehaltener Hand lassen Politiker von Union und SPD erkennen, dass weitere vier Jahre Große Koalition kein Beinbruch wären. Gerade erfahrene Unionsabgeordnete erinnern sich noch an die mitunter schwierige Zusammenarbeit mit der FDP in den 16 Jahren der Regierung Kohl. Und in den Reihen der SPD warnt man vor einem Linksbündnis und sieht in einer möglichen Ampelkoalition mit den Grünen und der FDP nur ein wenig vielversprechendes „Experiment“. Und schließlich sei eine Große Koalition immer noch besser als der Wechsel auf die harten Oppositionsbänke, weiß ein Regierungsmitglied und erinnert an eine Erkenntnis des früheren SPD-Chefs Franz Müntefering: „Opposition ist Mist!“

IMPRESSUM

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG



Gegründet 1945 als erste deutsche Zeitung in Württemberg-Baden

Herausgeber: Dr. Ludwig Knorr, Winfried Knorr, Ruprecht Schulze · Chefredakteure: Winfried Knorr, Manfred Fritz, Inge Hölitzke, Stellv. Dr. Klaus Welzel

Chef vom Dienst: Joachim Knorr, Thomas Heilmann Politik: Manfred Fritz, Stellv. Dr. Klaus Welzel Magazin: Rolf Kienle · Feuilleton: Volker Oesterreich Wirtschaft: Thomas Veigel · Sport: Winfried Eller Metropolregion/Bergstraße: Peter Wiest · Redaktion Heidelberg: Ingrid Thoms-Hoffmann, Stellv. Dr. Micha Hörnie · Kreis Redaktionen Heidelberg: Thomas Frenzel · Service: Inge Hölitzke · Verlagsleiter: Thomas Scherf-Clavel, Joachim Knorr · Anzeigen: Thomas Scherf-Clavel (verantwortl.) Vertrieb: Michael Engert

Verlagsverwaltung: Udo Schmitt Alle 69117 Heidelberg, Neugasse 2 Verlag: Rhein-Neckar-Zeitung GmbH Druck: Heidelberg Mediengestaltung - HVA GmbH, Heidelberg, Hauptstr. 23

Monatsbezugpreise einschl. 7 % MwSt.: Durch Träger 22,80 €, Abholabo 21,80 €, Postbezug 24,80 € Streifband 22,80 € + Porto. Abbestellung nur zum Monatsende, 4 Wochen vorher schriftlich beim Verlag. Bei Bezugsunterbrechung wird Bezugsgehalt ab dem 4. Erscheinungstag erstattet. Bei Störung durch höhere Gewalt, Streik, Aussperrung besteht kein Ersatzanspruch. Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 60. Für unverlangte Manuskripte keine Gewähr.

Erscheint mit folgenden Ausgaben:

Heidelberger Nachrichten, Wiesloch Nachrichten/Waldorfer Rundschau, Eberbacher Nachrichten, Schwetzingen Nachrichten, Bergstraße/Mannheim, Weinheimer Rundschau, Sinsheimer Nachrichten, Bad Rappenauer Bote/Eppingen Nachrichten, Mosbacher Nachrichten, Nordbadische Nachrichten.